Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 15 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge.

Auflage 30000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung u. Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Friedr. Goedsche in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Nr. 161. Einundzwanzigster Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Freitag, 9. Juni 1876.**

Politisches.

Zu zählen sind die Leute, die an den Selbstmord Abdul Aziz's glauben. Alle Welt hält sich an die Strangulationsmarke an seinem Halse, obwohl sie keiner der 19 Aerzte gesehen haben will. Die officielle Lesart geht dahin, daß sich der Ex-Sultan einer Stickscheere aus dem Nähtischchen einer seiner Odalisken bedient habe. Wer auf die geringen anatomischen Kenntnisse des sogenannten Selbstmörders zweifelnd hinweist, dem macht man begreiflich, daß dieser von früheren Aderlässen noch gewisse Narben am Arme gehabt, in die er mit der Haremsscheere bohrte. Das klingt wenigstens etwas glaublicher, als wenn man der Welt erzählt hätte, Abdul wäre an seinem Lieblingsgerichte (14 hartgesottenen Eiern) gestorben. Wer freilich meint, daß die Selbstmord-Statistik unter den Türken wegen ihrer fatalistischen Ergebung in den Willen Allah's äußerst kleine Ziffern aufweise und daß im Speciellen der schwachmüthige Ex-Sultan weder moralische noch physische Kraft besaß, die Haut, das Unterhaut-Zellgewebe und das Fettpolster zu durchschnipseln, ehe er an den rothen Springquell des Lebens kam, dem werden wir nicht widersprechen. Abdulchens Tod erschien den neuen Machthabern nothwendig und der Tod trat ein. Sela! Deshalb wird keine Großmacht sich der Anerkennung Murads V. als Nachfolgers des Propheten entziehen. Rußland nimmt freilich die Miene an, als knüpfe es an seine Anerkennung Murads gewisse Bedingungen, etwa die Durchführung von Reformen. Doch verhehlt sich Niemand, daß eine solche Maßregel die Türkei veranlassen könnte, alle Rücksichten fallen zu lassen.

Der Zar verlängert seinen Aufenthalt in Ems um volle acht Tage. Kaiser Wilhelm aber trifft erst acht Tage später, als beabsichtigt war, in Ems ein. Bis dahin, hofft man, werde die Arbeit der Diplomatie so weit gefördert sein, daß in das rein menschliche, edle und schöne Verhältniß zwischen Onkel Wilhelm und Zar Alexander die Politik keinen Mißklang hineinträgt. Rußland setzt augenblicklich natürlich Himmel und Hölle in Bewegung, um die Kaiserhöfe zu Wien und Berlin unter seiner bisherigen Leitung zu erhalten. Rußland erlebt den Schmerz, sich moralisch vereinsamt vor Europa zu fühlen. Das alte Verhältniß, wenn auch den veränderten Umständen nach angepaßt, wieder herzustellen, dazu dünkt ihm kein Versprechen zu hoch. Nur wenn eine allgemeine europäische Pression auf Rußland ausgeübt wird, könnte es sich zu einem Rückzuge von seiner Eroberungs-Politik entschließen. Möge man in Berlin die seltene Gunst des Schicksals würdigen! An dem Fürsten Bismarck ist es, der Freiheit Europas einen unschätzbaren Dienst zu leisten! Er risse das zögernde Oesterreich unweigerlich mit sich fort! Hat er auf Kaiser Wilhelms Befehl seinen Urlaub im Lauenburgischen unterbrechen müssen, so verwerthe er ihn zum Heile des friedensbedürftigen Vaterlandes!

Frankreich unternimmt anerkennenswerthe Anstrengungen, sich von dem Joche der Jesuiten zu befreien. Das den „freien", in Wahrheit aber jesuitischen Universitäten eingeräumte Recht der Verleihung der Doctor- und Professorgrade wurde wieder ausschließlich auf den Staat übertragen. Eine imposante Mehrheit stimmte in der Deputirtenkammer dem Gesetze zu und auch der Senat wird es bewilligen. Natürlich jammern die ultramontanen Blätter über die Knechtung der Kirche.

Besser als die Umtaufung Hofmanns und Bülows zu preußischen Staatsministern gefällt uns eine andere Maßregel des Reichskanzleramts. In demselben nähern sich die Arbeiten bezüglich der Zusammenstellung der Erhebungen über die Lage der arbeitenden Klassen, welche auf Anregung des Reichskanzlers in allen Bundesstaaten vorgenommen worden sind, ihrem Ende. Um die Mitte dieses Monats werden die beiden Beamten aus Baiern und Sachsen, welche mit der Zusammenstellung beschäftigt waren, Berlin verlassen. Es wird dann in ähnlicher Weise, wie über die Frauenarbeit, eine Veröffentlichung der Erhebungen über die Verhältnisse der männlichen Arbeiter und ihre Beziehung zu den Arbeitgebern erwartet. Legislatorische Schritte bezüglich der Arbeiterfrage sind dem nächsten Jahre vorbehalten. Alles, was die sociale Lage des Arbeiterstandes zu heben geeignet ist, verdient die Unterstützung aller Menschenfreunde. Eine gewissenhafte Statistik aber schafft überhaupt erst den Boden für alle gesetzgeberischen Schritte.

Locales und Sächsisches.

— J. K. H. die Herzogin von Genua und Se. K. H. der Prinz Thomas, Herzog von Genua, sind gestern von München im königl. Hoflager zu Pillnitz eingetroffen und werden bis zum August daselbst verweilen.

— Am Mittwoch Nachmittag beehrte Se. Maj. der König das Festschießen der hiesigen privilegirten Scheibenschützen-Gesellschaft mit seinem Besuche. Punkt 3 Uhr traf Se. Majestät, begleitet von dem Flügeladjutanten Major v. Minckwitz, an dem in den Trachenbergen gelegenen, festlich geschmückten Schützenhofe ein, feierlich empfangen und ehrfurchtsvoll begrüßt von den Vorstehern der Gesellschaft, sowie von dem Kammerherrn Baron v. Byrn, dem Kreishauptmann v. Einsiedel, dem Polizeidirector Schwauß und dem Amtshauptmann Berndt. Die Mitglieder der Gesellschaft und das zahlreiche Publikum brachen in ein stürmisches Hoch aus, und nachdem Se. Majestät nach allen Seiten hin freundlichst gegrüßt und an die Anwesenden huldvolle Worte gerichtet, auch die besonders geschmackvoll decorirte Schützenhalle mit sichtlichem Wohlgefallen in Augenschein genommen hatte, gab derselbe eine Anzahl Schüsse nach der aufgestellten Festscheibe, die trefflich gelangen. Dann nahm Se. Majestät noch die innere Einrichtung der Schießstände, den Festplatz, sowie die neue, von Sr. Maj. dem König Johann gestiftete prächtige Fahne der Gesellschaft in Augenschein, sprach sich höchst anerkennend über das Gesehene aus, und fuhr nach der Residenz zurück unter den abermaligen stürmischen Hochrufen der Anwesenden.

— Dem Professor an der Kunstacademie hier, Dr. Ernst Julius Hähnel, ist das großherzoglich hessische Comthurkreuz 2. Classe des Philippsordens, dem Schäferei-Inspector Ernst Heyne in Dresden das Ritterkreuz des österreichischen Franz-Joseph-Ordens verliehen worden.

— Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck hat einen lithographirten Strafantrag gegen den Verfasser mehrerer in unserem Blatte enthaltenen, die Amtsniederlegung Delbrücks behandelnden Artikel gestellt.

— Das königl. preuß. Kriegsministerium hat hinsichtlich der Truppenmärsche unterm 23. Mai l. J. Folgendes verfügt (was auch bei uns in Sachsen gleichfalls geschehen ist): „Es wird hierdurch genehmigt, daß auf Märschen, sobald bei großer Hitze nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Befehlshabers einer marschirenden Truppe voraussichtlich Menschenleben auf dem Spiele stehen, die Tornister der Mannschaften gefahren werden dürfen."

— Wie der hiesige Stadtrath in Erinnerung bringt, ist die zweite Terminzahlung der Ablösungsrenten bis zum 30. Juni zur Stadtsteuereinnahme zu bewirken. Gegen die Säumigen wird das Beitreibungsverfahren eingeleitet.

— Gestern Nachmittag in der dritten Stunde schlugen die Sturmglocken wegen eines Brandes in der äußern Pirnaischen Vorstadt an. Es war daselbst und zwar auf dem sogenannten Tatzberg in den Dachräumlichkeiten eines dem Holzhändler Grumbt gehörigen, von dem Lohnfuhrwerksbesitzer Thamm erpachteten Wohn-, Stall- und Schuppengebäudes Feuer ausgebrochen und hatte wegen des vorhandenen Brandstoffes so schnell um sich gegriffen, daß bald der ganze Dachraum in Flammen stand. Den Bemühungen der herbeigeeilten Feuerwehrmannschaften gelang es, den Brand auf das Dachgeschoß zu beschränken und durch Dämpfen der Flammen aller weiteren Gefahr vorzubeugen. Leider ist ein beim Schleußenbau in der Wintergartenstraße beschäftigter böhmischer Arbeiter, der herbeigeeilt war, um retten zu helfen, beim Herunterschaffen eines Sophas aus der Wohnung des Thamm'schen Schirrmeisters, zu Schaden gekommen, indem das Sopha auf ihn darauf gefallen ist und ihm den einen Arm zerschlagen hat. Eine arme Katze, die Junge auf dem betr. Bodenraum, wo das Feuer hauptsächlich gewüthet, gehabt hat, ist durch das Feuer nicht allein um ihre Jungen, die mit verbrannt sind, gekommen, sondern auch bei ihren Bemühungen, dieselben vor dem sichern Tode zu retten, total versengt worden.

— Bei dem am 26. und 27. Juni in hiesiger Neustadt abzuhaltenden Jahrmarkte findet der Vormarkt der Tischler, Polstermöbelhändler und Böttcher vom 22. bis mit 24. Juni statt, während der Grossoverkauf für wollene, baumwollene und leinene Manufacturwaaren, desgl. für erzgebirgische Schachtel- und Spielwaaren am 23. Juni beginnt. Das Auspacken, Auslegen und der Verkauf aller für den Grossoverkauf bestimmten Waaren am 22. Juni ist bei 30 Mark Strafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten.

— In Deutschland treiben sich gegenwärtig vier Gauner aus Pest herum, die sich bereits den Ruf von Künstlern als „Taschendiebe" und „Rittern unter den Einbrechern" erworben haben. Als Anführer, Wegweiser und Rathgeber derselben fungirt Sami Groß aus Lippa. Groß, welcher in Oesterreich Soldat war und als solcher 40 Mal bestraft wurde, giebt sich als Geschäftsreisenden des Herrn Carl Albert Stalz in Frankfurt a. M aus und macht den Aufwand eines Bankiers. Er ist in Linz, Wien, Hannover und vor Jahren in Manchester gewesen. Seine Spießgesellen heißen David Afinger aus Pest, mehrfach bestraft, u. A. 7 Jahre in Oesterreich, auch in Baiern; ferner ein bekannter Gauner Gerson Rosenberger aus Schinesl in Polen, wohnhaft in Pest. Dieser ist der Dresdner Polizei bei seiner Verhaftung entsprungen und eine der 4 Personen, die in Dresden unter der Bezeichnung „die Polen" verurtheilt worden sind. Der vierte Gauner heißt Basel Benedict. Diese Gauner sind nicht allein Künstler als Taschendiebe, sondern auch Ritter unter den Einbrechern mittelst Nachschlüssels. Ihre Richtung haben sie nach Hamburg und Bremen genommen, um die nach Philadelphia gehenden Reisenden zu bestehlen. Die Gauner wollen sich in den nächsten Monaten nach Newyork einschiffen. Gerson Rosenberger ist der gefährlichste der Gauner, er ist stets fein gekleidet, trägt kurze, schwere goldene Kette nebst Uhr. Dieselben führen Reisegepäck bei sich und wohnen in den feinsten Hotels, wo sie sich unter falschen Namen eintragen lassen. Basel dient als Mithelfer im Gedränge und ist Meister im Ausspioniren zum Einbrechen mit Nachschlüssel.

— Gestern Vormittag ließ ein mit Kehren der Oefen auf dem Hause Nr. 18 der Camenzerstraße beschäftigter Schornsteinfeger-Lehrling einen Dachlukendeckel, den er eben abgehoben hatte, aus der Hand fallen, so daß derselbe hinab in den Hof stürzte und den Kopf eines 9 Monate alten Mädchens, der Tochter eines im Hause wohnhaften Militär-Musikers, welches unten spazieren getragen wurde, streifte. Das Kind ist in Folge dessen eine Stunde später gestorben.

— Landtag. Man fühlt es jetzt recht lebhaft, daß das Ende des Landtags naht. Die vorgestrige Abendsitzung der 2. Kammer währte volle drei Stunden bei einer Hitze im Saale, daß derselbe schon mehr die Gluth eines Backofens hatte. Neun verschiedene Berichte wurden erstattet, davon jedoch die meisten über Gegenstände, welche zum zweiten resp. dritten Male der Berathung des Hauses unterlagen, bei denen deshalb eine bemerkenswerthe Discussion nicht stattfand. Es gehören hierher die Gesetzentwürfe bezüglich der Landes-Immobiliar-Versicherungs-Anstalt, des Mobiliar- und Privat-Feuerversicherungswesens, der höheren Unterrichtsanstalten, über Differenzpunkte bezüglich des Einnahmebudgets. Bei den Differenzen mit der 1. Kammer über den Bauetat (Referent Abg. Uhlemann) blieb man im Gegensatz zu der jenseitigen Kammer mehrfach bei den früheren Beschlüssen stehen, eine Anzahl Petitionen um Straßen- und Brückenbauten der Regierung theils zur Erwägung, theils zur Berücksichtigung zu überweisen, während die 1. Kammer nur Kenntnißnahme oder Erwägung empfiehlt. Eine Petition aus Markneukirchen um Belassung der Bezirkssteuereinnahme Adorf und Legung der Amtshauptmannschaft dahin, gab man der Regierung zur Kenntniß, ebenso eine solche aus Bernstadt, zwei Drittheile der Kosten zur Herstellung der Lodau-Bernstädter Chaussee auf den Staatsfiscus zu übernehmen. Bei dem Einnahmebudget ließ man den früheren Antrag fallen, nach welchem die Regierung schon dem nächsten Landtage eine Vorlage auf Aufhebung des Chausseegeldes machen sollte. Weiter genehmigte man 600,000 Mark zur Vollendung der Elbstrom-Correction und Regulirung der Elbufer innerhalb Dresden. Referent Philipp lobte hierbei die entsprechende Raschheit der bisherigen Ausführung der Bauten, bedauerte aber, daß die Regierung der sächsisch-böhmischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft nicht gestattet habe, anstatt der jetzigen „Holzcabinette" unterhalb der Brühlschen Terrasse bessere, massive Verwaltungsgebäude herzustellen, worauf Minister v. Nostitz-Wallwitz entgegnete, daß nach dem Urtheile Sachverständiger massive Gebäude an jener Stelle die Terrasse viel mehr verunzieren würden, als leichtere Bauwerke.

Ueber den von der 1. Kammer genehmigten Gesetzentwurf, welcher einige Bestimmungen der revidirten Strafproceßordnung dahin abändert, daß das Justizministerium die Abfassung von Verweisungserkenntnissen an ein anderes als das hierzu an sich zuständige Bezirksgericht im Allgemeinen soll verfügen können, sowie, dahin, daß auch der erstinstanzliche Civilverspruch künftig in Versammlungen von 3 Richtern, statt bisher 5, soll erfolgen können, erstattete Abg. Petri Bericht. Dr. Schaffrath hatte das Bedenken, daß die Verweisung von Erkenntnissen an ein anderes als das zuständige Untersuchungsgericht durch Ministerialverordnung den obersten Grundsatz zu verletzen scheine, daß Niemand seinen ordentlichen Richter entgegen reden dürfe. Mindestens sollte das Ministerium nur ein für allemal eine solche Bestimmung treffen können, um doch möglichen Mißbrauch zu verhüten. Er beantrage daher einen Zusatz, der einen solchen Mißbrauch möglichst ausschließe. Die Abg. Krause und Schreck schlossen sich dem Schaffrath'schen Antrage an, wogegen Referent Petri und Justizminister Abeken denselben theils als nicht unbedenklich, theils als überflüssig bezeichneten, Abg. Dr. Minckwitz aber Ablehnung des ganzen Gesetzes befürwortete, weil man füglich die kurze Zeit bis zum Erlaß der einschlagenden Reichsgesetze noch warten könne. Der Schaffrath'sche Antrag fand dann gegen 16 Stimmen, das ganze Gesetz aber gegen 21 Stimmen Annahme. Ziemlich lebhaft gestaltete sich die Discussion über die vom Kriegsministerium neuerlichst geforderte Nachbewilligung von 3,000,000 M. zum Behufe der Fortführung der Bauten der Dresdner Militär-Etablissements. Für die Bewilligung verwendeten sich wiederholt Kriegsminister v. Fabrice, sowie die Abg. Walter, Hartwig, Dr. Minckwitz und Referent Stauß, dagegen sprachen die Abg. Körner und May, sowie der Referent Philipp, bis gegen 6 Stimmen die Bewilligung der 3 Mill. Mark ausgesprochen wurde. — In der gestrigen Sitzung derselben Kammer, die nahezu 6 Stunden dauerte, bildete den Hauptgegenstand der Berathung der vom Abg. Starke-Schmölen verfaßte Bericht über eine Anzahl Petitionen um Herstellung von Eisenbahnen auf Staatskosten. Wenn wir heute nur summarisch über die wortreichen Verhandlungen berichten, so möge der Wortreichthum denselben es entschuldigen. Berührte doch schon der Referent in seinem einleitenden Vortrage die Fluth der aus der Mitte der Kammer eingegangenen Anträge (17 an Zahl), die den Schein erwecken müßten, als seien die Deputationen überflüssig und verleihen nicht sorgfältig. An erster Stelle beschloß man auf Antrag des Abg. Schmidt u. Gen., „die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage eine Vorlage zur Erbauung einer normalspurigen Secundär-Eisenbahn von Geithain über Lausigk, Liebertwolkwitz nach Leipzig zu machen", während die Deputation nur „Erwägung" der Sache vorgeschlagen hatte. An der Debatte betheiligten sich die Abgg. Dr. Heine, Riedel, Fahnauer und der Antragsteller. Scharfe Debatten rief der Antrag der Deputation über das zweite Project hervor, welcher lautet: „die Regierung zu ermächtigen, 1) eine normalspurige eingleisige Secundäreisenbahn von Pirna zunächst bis nach Berggießhübel, mit thunlichster Berücksichtigung der Erleichterung des Anschlusses der im Gottleubathale gelegenen Steinbrüche, auf Staatskosten herzustellen; 2) die möglichst baldige Fortsetzung dieser Bahn bis nach Gottleuba in Erwägung ziehen; 3) das Expropriationsgesetz für diese Bahn in Anwendung zu bringen, wie auch die Ermächtigung hierzu, soweit die Anschließung von Zweiggleisen aus den einzelnen Werken an die Bahn dies erfordern sollte, für die Zweiglinien zu ertheilen." Hierzu lag ein Antrag des Abg. Hartwig vor, von dieser Bahn ein Verbindungsgleis nach der Elbe und eine kurze, das Steinbruchgebiet am linken Thalgehänge und den Lohmengrund berührende Zweigbahn mit thunlichster Berücksichtigung der Erleichterung des unter allen Umständen auf eigene Kosten der Bruchbesitzer zu bewirkenden Anschlusses der daselbst gelegenen Steinbrüche auf Staatskosten herzustellen. Nachdem Abg. Hartwig seinen Antrag vertheidigt, griff Abg. Günther die Deputation nach verschiedenen Seiten hin wegen ihres Vorschlags sehr lebhaft an und behauptete, die Dringlichkeit für die Bevorzugung dieser Bahn sei nicht nachgewiesen, auch nicht vorhanden. Andere Projekte wären gleichberechtigt, ja eher berechtigt, daß an ihnen das Experiment einer Secundärbahn gemacht würde. Vielleicht habe das Gefühl des „Schreckß" vor Vorwürfen sie zu Bevorzugung der in Rede stehenden Bahn getrieben. Natürlich replicirten die Mitglieder der Deputation, Hartwig, Schreck und Walter, nun ebenfalls nicht gerade fort, und Schreck warf Günther „kolossalen Mangel an Ueberfluß von Ortskenntniß" vor. Der Deputationsvorschlag wurde sonst noch eingehend durch die Abgg. v. Ehrenstein und Grahl, sowie den Referenten vertheidigt. Finanzminister v. Friesen behielt die Entscheidung darüber, ob die Bahn normal- oder schmalspurig werde, sowie darüber, ob der Bau noch in dieser Finanzperiode zur Ausführung gelangen wird. Der Deputationsantrag fand denn auch gegen 2 Stimmen Annahme, während der Hartwig'sche gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde.

— Man schreibt uns aus Eisenbahn-Kreisen über die von uns erwähnten Schwierigkeiten bei der Verschmelzung der Leipzig-Dresdner mit der sächs. Staatsbahn in Bezug auf die Personalverhältnisse der Beamten: Vorzugsweise die Frage wegen Fusionirung der beiderseitigen Pensionsfonds wird sicher nicht leicht zu lösen sein. Es dürfte nun nicht ohne Interesse sein, in letzterer Beziehung einige Zahlen zu nennen, aus denen man sieht, daß es sich hier um ziemlich bedeutende Summen handelt. Der Pensionsfonds der Staatsbahnbeamten besteht aus einem ursprünglichen Grundkapitale von 900,000 Mark, derjenige der Leipzig-Dresdner Beamten beziffert sich gegenwärtig auf weit über 1 Million Mark. Die Staatsbahn beschäftigt nun ca. 10,000 Beamte, Leipzig-Dresden deren ca. 1500. Der Pensionsfonds der zu übernehmenden Beamten ist also ein ziemlich bedeutender.